

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Jakob Vogel

Neue Einreisebestimmungen für Afghanen – Tausende stranden an Grenzübergängen

Mit Wirkung vom 1. Juni 2016 hat Pakistan die Einreise von Afghanen an die Vorlage von gültigen Pässen sowie von Einreisevisa geknüpft. Deren Überprüfung wurde zunächst am Grenzübergang Torkham eingeführt und soll bald danach auch an allen Grenzposten durchgeführt werden. Ein erklärtes Ziel ist die bessere Kontrolle der illegalen Einreise von militanten Kämpfern. In Torkham passierten täglich zwischen 10.000 und 15.000 Afghanen die Grenze, oftmals leben ihre Familien auf beiden Seiten der Grenze. Viele waren sich der neuen Auflagen nicht bewusst oder hofften darauf, dass diese Regelungen (noch) nicht umgesetzt würden. Somit konnten Tausende nicht nach Pakistan einreisen. Die Grenzziehung und deren Durchsetzung ist ein lange währender Konflikt zwischen beiden Staaten.

Drei-Parteien-Kommission bekräftigt Strategie zur freiwilligen Repatriierung afghanischer Flüchtlinge

Mitte Juli 2016 trafen sich hochrangige Vertreter Pakistans, Afghanistan sowie des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) im pakistanischen Bergkurort Bhurban nahe Murree zu ihrer 27. Sitzung und bestätigten die Ziele der *Solutions Strategy for Afghan Refugees* (SSAR). Die SSAR zielt auf die freiwillige Rückkehr der noch rund 1,5 Millionen Afghanen in Pakistan sowie auf nachhaltige Unterstützungsprogramme für sie in Afghanistan. Zugleich wurde in Bhurban die Vereinbarung der drei Parteien und damit die Gültigkeit der Registrierung der Afghanen in Pakistan (*Proof of Registration*) bis zum 31. Dezember 2016 verlängert. Diese Vereinbarung ist Grundlage der Rückführung von rund 3,9 Millionen Afghanen seit 2001. Die drei Akteure werden zudem bei der kommenden Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York sowie bei der Afghanistan-Konferenz in Brüssel für eine stärkere finanzielle Unterstützung durch die Staatengemeinschaft werben. Erst vor kurzem hatte UNHCR die Zuschüsse für die Repatriierung und Reintegration auf 400 US-Dollar pro Kopf bei der Ankunft in Afghanistan verdoppelt. Zudem fordert UNCHR mehr Geld und Anstrengungen vor allem für die Schul- und Berufsausbildung junger Afghanen als der Grundlage für deren erfolgreiche und nachhaltige Integration sowie für die Entwicklung des Landes.

Pakistan kündigt Zwangs-Repatriierung aller Afghanen zum 31. Dezember 2016 an

Ende August 2016 kündigte die pakistanische Regierung an, dass alle noch im Land lebenden Afghanen bis zum 31. Dezember 2016 Pakistan verlassen müssten. Dies wird vor allem als Anti-Terrormaßnahme begründet. Davon sind sowohl geschätzt eine Million Afghanen betroffen, welche sich illegal und ohne Registrierung in Pakistan aufhalten, als auch die rund 1,5 Millionen offiziell registrierten Afghanen, die oftmals seit den 1980er Jahren in Pakistan leben. Eine solche Drohung erließ Pakistan schon 2013; diese wurde dann auf internationalen Druck hin wieder zurückgenommen. Nur einige Afghanen kehrten 2013 tatsächlich zurück. In Medien wird schon berichtet, dass Pakistan den registrierten afghanischen Flüchtlingen einen Aufschub um ein Jahr gewähren könne. Trotz der angekündigten Programme der afghanischen Regierung schätzen Beobachter, dass das Land noch nicht ausreichend vorbereitet ist für die Aufnahme der afghanischen Flüchtlinge. Zudem haben die jüngsten Vorstöße der Taliban mehr als eine Million Afghanen aus ihren Heimatorten vertrieben. Die Flucht von Afghanen vor allem nach Europa ist die größte Auswanderung seit 2001. Schon ab Juni 2016 hatte Pakistan damit begonnen, die Grenzkontrollen zu verschärfen. Dies ist Teil eines 20-Punkte-Programmes nach dem Terrorangriff auf eine Armee-Schule in Peschawar im Dezember 2014. Die Grenzkontrollen werden unter anderem damit begründet, dass mehr als eine Million Afghanen illegal zur Arbeit nach Pakistan kämen. Bis Juni 2016 benötigten Afghanen kein Einreisevisum für Pakistan. Pakistanische Medien berichten über Polizeimaßnahmen gegen illegal in Pakistan lebende Afghanen sowie von Deportationen über die Grenze. Aufgrund der pakistanischen Frist, das Land bis zum 31. Dezember 2016 verlassen zu müssen, kam zu es einem massenhaften Andrang von Afghanen auf das Repatriierungsbüro des UNHCR in Peschawar, dessen Kapazitäten nicht auf rund 300 Familien pro Tag ausgerichtet sind. Menschen mussten im Freien ohne ausreichende Trinkwasserversorgung und ohne Sanitäranlagen warten. Laut UNHCR soll ein zweites Repatriierungszentrum eingerichtet werden. Nach UN-Angaben haben 3371 afghanische Flüchtlinge alleine in der Woche vom 17. bis zum 23. Juli das Land freiwillig verlassen, während dies seit Januar 2016

insgesamt 2691 Familien beziehungsweise 12.309 Menschen waren. Nach Angaben von *Human Rights Watch* verfolgt die pakistanische Polizei jedoch eine inoffizielle Politik der Zwangsausweisung von Afghanen vor allem mittels Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Erpressungen sowie der Zerstörung von Unterkünften.

Mindestens 14 Tote bei neuen Anschlägen gegen Christen und gegen ein Gericht in Nordwest-Pakistan

Am 2. September 2016 drangen Männer mit Sprengstoffwesten in eine Siedlung von Christen in Peschar war ein. Nach Medienberichten kam es zu mindestens fünf Explosionen. Sicherheitskräfte haben demnach vier Angreifer erschossen. Zu diesem Anschlag bekannte sich die Gruppe *Jamaat-e-Ahrar* der pakistanischen Taliban. Am selben Tag detonierte eine Bombe vor dem Bezirksgericht in Mardan, die nach offiziellen Angaben mindestens zehn Menschen tötete und weitere 40 verletzte. Bei diesem Attentat wurden Handgranaten in die Menschenmenge geworfen und anschließend die Bombe gezündet. Dieses Attentat setzt eine Serie von Anschlägen gegen die pakistanische Justiz in den vergangenen Monaten fort.

Bombenanschlag auf Krankenhaus in Quetta

Mindestens 70 Menschen wurden am 8. August 2016 durch ein Bombenattentat auf ein Krankenhaus in Quetta getötet, rund 200 wurden dabei verletzt. Nach Meldungen pakistansicher Medien sowie internationaler Nachrichtenagenturen bekannten sich sowohl der „Islamische Staat“ (IS) als auch die den pakistanischen Taliban zugeordnete Gruppe *Jamaat-e-Ahrar* zu diesem Anschlag. Diese Gruppe hatte sich zuvor auch zu dem Selbstmordanschlag in Lahore im März 2016 bekannt. Die Detonation in Quetta erfolgte am frühen Vormittag im Eingangsbereich des Krankenhauses, wo sich zuvor eine Gruppe von Anwälten und Polizisten versammelt hatte, nachdem am selben Morgen der Vorsitzende der Vereinigung der Rechtsanwälte in Belutschistan, Bilal Anwar Kasi, in Quetta erschossen worden war. Nach Medienberichten geht die Provinzregierung von einem Selbstmordattentat aus.

„Ehrenmord“ von Facebook-Star Qandeel Baloch

Nach Medienberichten soll der Bruder des pakistanischen Facebook-Stars Qandeel Baloch, Muhammad

Waseem, den „Ehrenmord“ an seiner Schwester gestanden haben. Die Familie hatte den Mord in ihrem Heimatort in der Provinz Pandschab der Polizei gemeldet. Dort hatte sich die Familie zum Ende des Fastenmonats Ramadan getroffen. Auch Qandeel Baloch, nach eigenen Angaben Sängerin, Schauspielerin und Model, war hierzu aus Karachi angereist. Ihre Videos wurden millionenfach im Internet aufgerufen und riefen in muslimisch-konservativen Kreisen Pakistans starken Widerspruch hervor. Laut Medienberichten hatte Qadeel Baloch einige Wochen vor ihrem Tod um Polizeischutz gebeten, der ihr aber nicht gewährt wurde.

Deutsche Waffenlieferung an Pakistan beschlossen

Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums hat der Bundessicherheitsrat Waffenlieferungen unter anderen an Pakistan genehmigt. Die Lieferung von Luft-Luft-Raketen an Pakistan, einem strategischen Verbündeten des Westens im Kampf gegen den Terror, gilt als im Vergleich etwa zu Waffenlieferungen an Saudi Arabien als weniger problematisch, zumal sie nicht für Angriffe auf Bodenziele geeignet sind. Daten zum Finanzvolumen der Rüstungsexporte wurden laut Medienberichten nicht veröffentlicht.

US-Bericht zu zivilen Drohnenopfern

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat nach langem Drängen einen eigenen Bericht zu zivilen Opfern der Drohnenangriffe der vergangenen sieben Jahre vorgelegt. Danach wurden zwischen 64 und 116 Zivilisten unbeabsichtigt Opfer von US-Drohnenangriffen außerhalb der Kampfgebiete. Für den Zeitraum von Januar 2009 bis Dezember 2015 wurden insgesamt 473 Angriffe gegen terroristische Ziele in Pakistan sowie in Somalia und im Jemen erfasst. Dabei seien insgesamt 2500 Mitglieder terroristischer Gruppen getötet worden. Dieser Bericht führt einzig die Gesamtzahlen auf und differenziert nicht nach Ländern und Einsatzgebieten. Einsätze in Kriegsgebieten wie in Afghanistan, Irak und Syrien sind in diesem Bericht nicht erfasst. Diese Regierungsangaben liegen deutlich unter Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen. Diese Unterschiede werden laut diesem US-Bericht auf die Vermischung ziviler Opfer und getöteter Terroristen sowie auf gezielte Propaganda der Terrorgruppen und Fehlinformationen lokaler Medien zurückgeführt. Laut Medienberichten begrüßt *Amnesty International* diesen Bericht als wichtigen Schritt zu mehr Transparenz, kritisiert aber die fehlende Begriffsdefinition für „Zivilisten“.

Kreditwürdigkeit

Die pakistanische Kreditwürdigkeit wird seit Mitte/Ende 2015 von mehreren sogenannten Rating-Agenturen unverändert mit „stabilem“ beziehungsweise „positivem“ Ausblick bewertet:

<i>Fitch</i>	Rating: B	Outlook: stable Datum: 15.09.2015
<i>Moody's</i>	Rating: B2	Outlook: stable Datum: 11.06.2015
<i>S&P</i>	Rating: B-	Outlook: positive Datum: 05.05.2015
<i>TE</i>	Rating: 19	Outlook: positive Datum: 16.04.2016

Quelle: www.tradingeconomics.com/pakistan/rating

Britische Geldwäsche-Vorwürfe gegen MQM-Politiker

Nach britischen Medienberichten weisen Listen der britischen Polizei mehr als 70 Bankkonten auf, welche der pakistanischen Partei *Muttahida Quami Movement* (MQM) zugeordnet werden und unter Geldwäscheverdacht stehen. Davon seien alleine 26 Konten im Namen des Partei-Gründer Altaf Hussein aufgeführt. Diese Untersuchungen gegen die MQM-Zentrale in London liefen schon seit mehreren Jahren und konnten erst kürzlich nach Verhandlungen zwischen der damaligen Innenministerin Theresa May und ihrem pakistanischen Counterpart Chaudry Nisar Ali forciert werden. Die Unterlagen von Scotland Yard wurden anschließend der Pakistanischen *Federal Investigation Agency* (FIA) im Rahmen eines Hilfeersuchens übergeben.

Korruptionsvorwürfe gegen Bau- und Entwicklungsgesellschaften der Armee

Gegen prominente Armeeeoffiziere sowie Manager der Armee-eigenen *Defence Housing Authority* (DHA) wurden im August 2016 Untersuchungen wegen Korruptionsverdacht bekannt, darunter sind nach Medienberichten auch Verwandte des früheren Armee-Chefs Ashfaq Parvez Kayani. Solche Vorwürfe machen sich vor allem am Projekt der Elysium Ranches nahe Islamabad fest. Dort wurde Investoren 2009 die Erschließung eines Areals von mehr als 15 Quadratkilometern mit luxuriösen „Farmhäusern“, einem Sieben-Sterne-Hotel sowie einem Golfplatz angeboten. Doch auch nach

nunmehr sieben Jahren wurde davon nichts realisiert. Elysium Ranches gilt als eines von drei desaströsen Grundstücksgeschäften der Armee in jüngster Zeit mit politisch gut vernetzten Privatunternehmen, bei denen der gute Ruf der Armee für die Investoren-Werbung eingesetzt wurde. Die Untersuchungen in allen drei Fällen erfolgen durch das *National Accountability Bureau* (NAB) und werden vom amtierenden Armeechef Raheel Sharif unterstützt. Nach Medienberichten zahlten rund 150.000 interessierte Kunden, unter anderem pensionierte Offiziere, nach der Projekteröffnung 2009 zusammen rund 500 Millionen Euro an Einlagen. Mittlerweile soll dieses Areal für die Anlage eines neuen Wasserreservoirs genutzt werden.

Staatsbegräbnis für Abdul Sattar Edhi

Abdul Sattar Edhi, der Gründer einer der größten karitativen Organisationen Pakistans, ist seit rund 25 Jahren die erste Person, welche in Pakistan nach ihrem Tod mit einem Staatsbegräbnis geehrt wurde. Edhi starb Anfang Juli 2016 im Alter von circa 90 Jahren in einem Krankenhaus in Karachi an einem Nierenversagen. Der Pomp des Staatsbegräbnisses steht in krassen Gegensatz zu Edhis sehr bescheidenen Lebensstil. Nach Medienberichten lebte er in einem kleinen fensterlosen Raum direkt neben seinem Büro in der Edhi-Zentrale, in einem Slumgebiet von Karachi. Die Organisation Edhis betreibt zahlreiche Gesundheitsstationen, Geburtshäuser, Säuglings- und Kinderheime und Frauenhäuser sowie einen nahezu landesweiten Ambulanzdienst mit rund 1500 Fahrzeugen. Laut Premierminister Nawaz Sharif „hat Pakistan einen großen Diener der Menschlichkeit verloren. Edhi war ein wahres Beispiel für die praktizierte Nächstenliebe für alle verarmten und hilflosen oder auch sozial verletzlichen Menschen.“ Nach dem Staatsbegräbnis wurde Edhi auf dem Friedhof des Edhi Village am Rande Karachis beerdigt. Edhi hatte seine karitative Arbeit in den 1950er Jahren in Karachi mit der Medikamentenausgabe an Bedürftige begonnen. 1957 errichtete er als Reaktion auf die „Asian flu“ Grippe-Epidemie ein einfaches Hospital. Nach Luftangriffen Indiens auf Karachi im Jahr 1965 kaufte er die ersten Ambulanzfahrzeuge. Edhis Arbeit wurde von allen anerkannt und nach Medienberichten ließen die Gangs in Karachi die Edhi-Fahrzeuge unbehellig passieren. Wohl war seine unparteiische Arbeit sowie seine Offenheit und direkte Ansprache sozialer und politischer Probleme vielen Hardlinern ein Dorn im Auge.

Hinweis: In „Südasiens“ gab es vor einigen Jahren ein Porträt Edhis!